Manfred Lehmann 20.01.2017

Rede Landesgewerkschaftstag 2017

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste

Am 12.01.2017 gab Finanzminister Norbert Walter-Borjans eine kleine Sensation bekannt: Erstmals seit 1973 kommt ein Landeshaushalt in NRW wieder ohne neue Schulden aus. 217 Mio. € Überschuss weist die Jahresabschlussrechnung aus.
Dafür gibt es viele Ursachen. Der Anstieg der Steuereinnahmen ist eine, die niedrigen Zinsen ein andere. Nachhaltige Finanzpolitik spielt natürlich auch eine wichtige Rolle. Wir freuen uns über dieses Ergebnis, auch wenn wieder einmal deutliche Minderausgaben im Bereich der Personalkosten mitverantwortlich sind.

An dieser Stelle möchte ich auf einen Zusammenhang hinweisen, dessen Kausalität nicht offen auf der Hand liegt. Ausgerechnet im Jahr 2016, in dem der Finanzminister die Uralt-Sparmaßnahme der Wiederbesetzungssperre für seine Finanzbeamtinnen und Beamten aufhebt, wird erstmals wieder ein Überschuss erzielt, werden die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten erzielt.

Ein klares Zeichen, oder!
Man mag sich kaum vorstellen wie es in 2017 wird, wenn wir jetzt noch gute Lösungen rund um das unselige Thema des § 19 Abs. 6 LBG finden und in der laufenden Tarif- und Besoldungsrunde ein anständiges Ergebnis erzielen.

Die Landesregierung hat mit den Gewerkschaften vereinbart, dass der zu erwartende Tarifabschluss mit drei Monaten Verzögerung auch in der Besoldung umgesetzt werden wird. Aus der Sicht der DSTG waren die dazu geführten Gespräche konstruktiv und zielführend. Natürlich hat der Landtag als Gesetzgeber das letzte Wort dabei.

Eine marktgerechte Bezahlung wird in den kommenden Jahren für die Beschäftigten in der Finanzverwaltung immer wichtiger.

Schon heute ist erkennbar, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb um die besten Köpfe keinen leichten Stand hat. Das gilt auch für die Finanzverwaltung NRW. Und wenn wir die jungen Menschen überzeugt haben, bei uns eine Ausbildung zu absolvieren besteht die nächste Herausforderung darin, sie auch an uns zu binden. Die DSTG verkürzt das Prinzip gerne auf die Schlagworte „Holen und Halten“.

Wir werden in 2017 - und hoffentlich dann auch in den Folgejahren - 867 Finanz- und 360 Steueranwärter einstellen. Nach Auffassung und Berechnungen der DSTG ist dies immer noch zu wenig, um mittelfristig den Bestand zu sichern.

Allerdings haben uns die Ortsverbände signalisiert, dass die Ausbildung einer so großen Zahl von Anwärtern eine enorme Herausforderung für die theoretische und praktische Ausbildung darstellt. Keine Frage, diese Aufgabe werden wir jetzt gemeinsam bewältigen. Denn jeder weiß: Die gute Ausbildung von heute ist die Unterstützung von morgen!

Besser wäre es gewesen, mit den langfristig notwendigen Einstellungen schon früher zu beginnen. Die DSTG hat bereits seit 2005 auf die schwierige langfristige Personalentwicklung hingewiesen. Denn die altersbedingten Personalabgänge kamen und kommen ja nicht wirklich plötzlich. Aktuell stehen die Finanzämter heute und in den kommenden Jahren vor dem Problem, dass die fertig werdenden Anwärterlehrgänge deutlich kleiner sein werden, als die Zahl der zu erwartenden Personalabgänge. Der Personalbestand im Innendienst wird weiter sinken. Da helfen auch keine Berechnungen über Zeiträume von 15 Jahren und länger weiter**. Die Arbeitsbelastung steigt heute, die Arbeit muss heute vom Tisch!**

Dabei warne ich vor überzogenen Hoffnungen, dass die technische Entwicklung die unvermeidbar sinkenden Personalzahlen ausgleichen könnte. Denn einerseits zielt diese Unterstützung fast immer nur auf das Veranlagungsgeschäft Die Erklärungsbearbeitung macht hier aber nur rund 30 % der Arbeit aus. Andererseits haben wir es bei der Bearbeitung von Steuererklärungen mit vielen komplizierten Fallgestaltungen zu tun, bei denen im Interesse aller Beteiligten Genauigkeit vor Schnelligkeit gehen muss.

Ganz wichtig ist angesichts dieser Herausforderungen, dass wir die vortrefflich ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen auch langfristig für uns gewinnen können.

Unsere jungen Kolleginnen und Kollegen haben viele Chancen. Arbeitsplatzsicherheit und Familientauglichkeit wird inzwischen auch von anderen Arbeitgebern geboten. Als Steuerexperten sind die jungen Beschäftigten gesuchte Fachkräfte in einem aufnahmewilligen und zahlungskräftigen Wirtschafts- und Verwaltungsbereich. Da wird es für die Finanzverwaltung schwer, mit den eigenen Qualitäten und Vorzügen zu punkten. Zumal immer häufiger andere Behörden und Institutionen schlicht mit höheren Besoldungsgruppen bei sonst gleichen Rahmenbedingungen locken.

Klar ist: Einen Wettbewerb um die höchsten Einkommen wird die Finanzverwaltung nicht gewinnen können.
Klar ist aber auch: **Ohne Moos nix los**! Soll heißen: Selbst wenn wir uns noch so sehr um Mitarbeiterorientierung und Arbeitsumfeld bemühen, am Ende kommt es immer auch aufs Geld an.
Bei der Beförderungssituation ist da einiges in Bewegung gekommen. Gut so, vielen Dank dafür, das war nicht selbstverständlich!

Jetzt ist der nächste Schritt dran, mit dem die besondere Konkurrenzsituation der Finanzverwaltung anerkannt werden muss. Die Qualitätsanforderungen sind seit Jahren beharrlich gestiegen. Die Arbeitsbelastung wird in der Politik und der Öffentlichkeit anerkannt. Jetzt muss die Besoldungsstruktur auf den Prüfstand. Wer Qualität fordert muss sie auch bezahlen: Der wichtigste Schritt dazu:

Die Eingangsbesoldung muss rauf.

Die DSTG NRW fordert die Anhebung der Eingangsämter auf A 7 und A 10.

Damit können Landesregierung und Landtag ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung, aber auch ein wichtiges Zeichen im Wettbewerb um die besten Köpfe im Land setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im November 2015 hat die Verwaltung dem Finanzminister eine Ausarbeitung zur **„Finanzverwaltung der Zukunft“** vorgelegt. Darin werden Schwerpunkte und Initiativen aufgelistet, um die Verwaltung zukunftsfest aufzustellen.
Der Landtag hat dazu am 30.6.2016 seine gemeinsame Entschließung auf den Weg gebracht.

Das Projekt wird mit Haushaltsmitteln und zusätzlichen Stellen unterstützt. Besonders wichtig ist mir, dass wir den notwendigen Veränderungsprozess mit eigener Kompetenz gestalten. **Die Finanzverwaltung hat dazu die richtigen Leute.**

Auch die Personalvertretung ist umfassend eingebunden. Die projektbegleitende Mitbestimmung, seit 2011 neu im LPVG, wird ernst genommen und bietet Haupt- und Bezirkspersonalrat viele Möglichkeiten der Mitarbeit und der Mitgestaltung.
An dieser Stelle muss der Hinweis erlaubt sein, dass die Mitarbeit von Personalvertretern in den Arbeitsgruppen nicht immer automatisch zum inhaltlichen Einvernehmen führen muss. Personalvertretung und DSTG machen sich ein eigenes Bild von der Notwendigkeit und den Auswirkungen der Ergebnisse. Um dann im Rahmen der Mitbestimmungsverfahren in den Gremien zu diskutieren und zu entscheiden.

Das aktuelle Aufregerthema im Umfeld dieser Arbeitsgruppen ist die „Dienstpostenbewertung“. Es würde den Rahmen dieser gewerkschaftlichen Veranstaltung sprengen, das Thema detailliert aufzuarbeiten. Nur so viel: Die DSTG hat die aktuelle Rechtslage umfassend geprüft und sieht keine zwingenden Gründe, die bisherige Praxis der Personal- und Stellenverwaltung in den Finanzämter umfassend zu ändern.

Ein ganz anderer Punkt wird im Bericht zur „Finanzverwaltung der Zukunft“ unter der Überschrift „Finanzverwaltung NRW – ein attraktiver Arbeitgeber“ angesprochen. Da heißt es wörtlich:

„Der Lenkungskreis ist der Auffassung, dass die Finanzverwaltung in gut unterhaltenen und modern ausgestatteten Gebäuden untergebracht sein muss…“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit eröffnet sich ein weites Feld.

Zunächst einmal das Gute: Eine Vielzahl von Finanzämtern ist in entsprechenden Gebäuden gut untergebracht. Auch wenn kleinere Mängel oder der Reinigungszustand der Büroflächen immer wieder Grund zu Beschwerden geben.

Durch den sinkenden Personalbestand hatte sich in den letzten Jahren vielfach die Frage der Unterbringung und räumlichen Enge vereinfacht. Jetzt gilt es der Versuchung zu widerstehen, die Raumvorgaben in einem – womöglich landesweit einheitlichen – Raumbedarfsplan noch kleiner auszuweisen.

Wenn wir – wie geplant – in den kommenden Jahren mit hohen Einstellungszahlen arbeiten, dann bedeutet dies auch einen erheblichen Platz- und Ausstattungsbedarf in den Finanzämtern. In Zukunft werden wir über 3200 Anwärter gleichzeitig ausbilden. Zum Glück sind nicht alle ständig vor Ort. Dennoch: In fast allen Ämtern sitzen die Anwärter heute zwischen den beiden Schreibtischen der Bearbeiter. **Die „Steuerexperten" von morgen werden bei uns im Bermuda-Dreieck der Schreibtischverlängerung ausgebildet**. Das kann so nicht bleiben.

Eine ganze Reihe von Finanzämtern entspricht allerdings bei weitem nicht den Ansprüchen an eine „moderne" Ausstattung. Meistens handelt es sich dabei um ältere Gebäude, denen der Zahn der Zeit und die fehlende Bauunterhaltung über die Jahre schwer zugesetzt haben. Das wurde auch nicht besser durch die Idee, die Liegenschaften des Landes an den landeseigenen Betrieb BLB zu geben.

Wenn ich mit den Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern und Behörden sprechen fällt mir auf, dass für Missstände, für Verzögerungen oder Baumängel immer wieder pauschal „der BLB" verantwortlich gemacht wird. Das verkennt, dass die Gebäude zunächst einmal Landesliegenschaften sind und dem Land gehören. Somit muss das Land, egal mit welchem Hut auf dem Kopf, die Gebäudeunterhaltung und damit die Unterbringungsqualität der Kolleginnen und Kollegen sichern. Unser Arbeitgeber kann sich nicht durch organisatorische Tricks aus der Verantwortung stehlen, wenn Sanierungen mal wieder 7 Jahre dauern, Reparaturen nur notdürftig vorgenommen werden oder 15 Jahre Diskussion bis zu einem Neubau erforderlich sind.

Die DSTG NRW ist stolz darauf, im Bereich des BLB eine große Zahl von engagierten Gewerkschaftsmitgliedern zu organisieren. Wir wissen, dass der BLB in der Vergangenheit in erheblichem Maß unter einem verordneten Personalabbau gelitten hat. Die Kolleginnen und Kollegen im BLB stehen unter großem Druck und müssen sich dabei immer wieder für die viel zu geringe Finanzausstattung rechtfertigen. Mit der klaren Aussage „Wir bauen und leisten das, was der Nutzer zahlt bzw. zahlen kann" verweist unsere Fachgruppe BLB zutreffend und prägnant auf die Gesamtzuständigkeit des Landeshaushaltes.

Ganz unabhängig von der Frage, wer für was die Verantwortung trägt stelle ich fest: Die Unterbringungsqualität leidet durch eine seit Jahren anhaltende strukturelle Unterfinanzierung unserer Liegenschaften. NRW, genauer der Landtag muss endlich ein taugliches Geschäftsmodell entwickeln. **Wir brauchen für unsere Finanzämter und Dienststellen endlich klare Zuständigkeiten, schnell Entscheidungen, eine deutlich bessere Finanzausstattung und ein Ende der Mangelwirtschaft!**

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

es gibt eine breite Palette weiterer spannender Themen.

- Die bemerkenswert unzutreffenden Thesen der Bertelsmann-Stiftung zur Beamtenversorgung.
- Die Landesprojekte zum Schutz vor Übergriffen auf Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.
- Die Einzelheiten zur Tarif- und Besoldungsrunde.
- Oder zur Frage der Neueinstellungen von Tarifbeschäftigten und deren Eingruppierung.

Die bereits genannten Themen sollten aber ausreichen, um spannende Beiträge des Finanzministers, unserer Gewerkschaftsvorsitzenden und nachfolgend in der Podiumsdiskussion zu garantieren.

Jetzt geht es weiter mit dem Moderator des Nachmittags, **Jürgen Zurheide**. Der profilierte Journalist und Kenner der Landespolitik hat angeboten, die aktuellen Themen mit unseren Gästen in kleinen Gesprächsrunden zu vertiefen. Er übernimmt auch die Vorstellung. Ich freue mich auf spannende Gespräche und neue Einblicke.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort